

# Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Druckpreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 5,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postbelegkonto: Nr. 23598 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8827.

Freitag, 4. Februar 1921.

Anzeigenpreise: Die 8 Spalten Millimeterzeile oder deren Raum 0,20 Mk., auswärts 0,30 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Verlobungs- und Verlobungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 Spalten oder deren Raum im Text 2,- Mk.

## Die Breslauer Eisenbahner für die Einheitsfront! S.P.D.-Führer sabotieren die Einheitsfront der Arbeiter!

### Kommunistische Erfolge in den Breslauer Gewerkschaften!

#### Die Betriebsräte und Vertrauensmänner des D. E.-V. Geschäftsstelle Breslau für den Offenen Brief.

Gegen drei Stimmen, darunter die der Kollegen Kattner vom engeren Hauptvorstand und Dohubiel vom erweiterten Vorstand, wurden die Forderungen des „Offenen Briefes“ der V.K.P.D. in der Betriebsräte- und Vertrauensmänner Sitzung am 1. Februar angenommen.

#### Das Breslauer Gewerkschaftskartell gegen den Offenen Brief der V.K.P.D.

Eine am 9. Januar stattgefundene Mitgliederversammlung der Heizer und Maschinisten hatte den Offenen Brief der V.K.P.D. zu ihrem eigenen Programm gemacht und diesen Beschluß dem Gewerkschaftskartell überwiesen. Das Gewerkschaftskartell lehnte die Stellungnahme der Heizer und Maschinisten ab mit der Begründung, daß es sich dem Beschluß der Zentralleitung der S.P.D. anschließe.

#### Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter Breslaus!

Man beachtet Eure Beschlüsse nicht, ja man läßt dabei offen die so gern benutzte Maske der politischen Neutralität fallen und stellt sich offen auf den Boden der Politik der Zentralleitung der S.P.D. Dazu paßt ganz, daß man jetzt drauf und dran ist, Eure tätigen Mitglieder in den Gewerkschaften, weil sie Kommunisten sind, auszuschließen. Laßt Euch dadurch nicht verwirren und provozieren. Bringt den Offenen Brief immer wieder und bei jeder Gelegenheit zur Behandlung, zwingt Eure Gewerkschaftsführer, daß sie klar und einseitig zu den Forderungen Stellung nehmen und wenn sie es tun und sich auf den Boden der Forderungen stellen, dann verlangt von ihnen folgerichtiges Handeln. Wenn sie es nicht tun wollen oder können, dann reißt ihnen ihre heuchlerische Maske vom Gesicht und brandmarkt sie als das, was sie sind, als Verräter an dem Klasseninteresse des Proletariats, als Saboteure an der Einheitsfront der Arbeiter zum Kampf gegen Not und Konterrevolution.

#### Kommunistischer Erfolg

#### bei den Breslauer Schuhmachern.

Die Quartalsversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher, Ortsverwaltung Breslau, deren Mitglieder sich schon früher auf den Boden der Forderungen des Offenen Briefes der V.K.P.D. gestellt haben, wählte 5 Kommunisten in die Ortsleitung und sandte 2 Kommunisten in das Ortskartell der Gewerkschaften Breslaus.

#### Die schlesische Arbeiterschaft u. der Offene Brief.

Aus der Provinz gingen uns folgende Meldungen über Kundgebungen der schlesischen Arbeiterschaft zum Kampf zu: In Breslau haben sich auf den Boden der Forderungen des Offenen Briefes gestellt: die Maschinisten und Heizer in ihrer Verbandsgeneralversammlung mit über Zweidrittelmehrheit; die arbeitslosen, gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter in einer öffentlichen Versammlung einstimmig; in Waldenburg die gewerkschaftlich organisierten Zimmerer geschlossen;

in Petersdorf im Riesengebirge die Glasarbeiter in ihrer Generalversammlung gegen 7 Stimmen; in Gottesberg die Belegschaft der Schlesiischen Kohlen- und Kokswerke gegen vereinzelten Widerspruch; in Hermsdorf u. R. stimmten die Arbeiter in einer öffentlichen Versammlung geschlossen dafür.

Die Waldenburger Bauarbeiter protestieren gegen den gewaltsamen Ausschluß der Genossen Hedert, Brandler und Bachmann und beschloßen, einen Delegierten zur Konferenz der oppositionellen Bauarbeiter nach Halle zu senden.

Wir fordern unsere Genossen und Genossinnen auf, nicht im Sinne des Offenen Briefes zu wirken, in allen öffentlichen und gewerkschaftlichen Versammlungen ihn zur Verhandlung und Abstimmung zu bringen und uns regelmäßig Berichte zu senden.

#### Überall für den Offenen Brief!

Reichskanzler a. D. Bauer dagegen, seine rechtssozialistischen Zuhörer dafür.

Eine schwere Blamage hat der rechtssozialistische Oberbonge Bauer, Reichskanzler a. D., in einer rechtssozialistischen Versammlung erlebt.

Aus Remscheid wird uns geschrieben:

Am Sonntag, den 30. Januar, sprach in einer öffentlichen Versammlung der Reichskanzler a. D. Bauer in Solingen. Durch Kartenausgabe an nur „anfällige“ Menschen glaubte man unter sich zu sein. Bauers Rede war ein einziger Schmutzklübel, ausgegossen gegen die Kommunisten. Er rebete gegen Sozialisierung, verteidigte den zehnprozentigen Steuerabzug, Arbeitsgemeinschaft usw. Es kam wiederholt zu Tumulten, so daß er endlich zu Ende kommen mußte. In der Diskussion sprachen zwei Kommunisten und legten eine Resolution vor im Sinne des Offenen Briefes der V.K.P.D. Im Schlußwort bezeichnete Bauer das als plumpen Schwindel, dem nur Unzurechnungsfähige zustimmen könnten. Seine Bauernjüngerei war vergeblich, gegen einige Stimmen nahm die Versammlung die kommunistische Resolution an.

#### Die Betriebsräte Gelsenkirchens für den Offenen Brief.

Aus Gelsenkirchen wird uns geschrieben:

Die Konferenz der Betriebsräte in Gelsenkirchen am 30. Januar erkennt an, daß die Arbeiterschaft selbst den Kampf um ihre Existenz führen muß. Um den Kampf führen zu können, ist eine einheitliche Aktion des Proletariats unerlässlich. Leider stehen der Einheitsfront Bestrebungen reformistischer Elemente entgegen.

Die Betriebsräte verpflichten sich, die Belegschaften aufzufordern, mit allem Nachdruck von ihren Organisationsleitungen und vom Gewerkschaftsbund die Zustimmung zu dem Offenen Brief der V.K.P.D. und den darin formulierten Forderungen zu erklären, sofort die Einheitsfront herzustellen und den Kampf für die Durchführung der Forderungen vorzubereiten.

Die Mitgliedschaften der verschiedenen Verbände müssen Führer entsenden, die sich der Einheitsfront entgegenstellen.

„Überall der Offene Brief“ schreibt man aus Württemberg. In Schweningen, Weiler bei Schornbach, in Biberach, in Haubersbronn, Miedelbach, Sulzbronn und Mößlingen sprachen sich Arbeiterversammlungen, mehrfach mit Einfluß der rechtssozialistischen Teilnehmer, entschieden für die proletarische Einheitsfront aus.

In Frankfurt a. M. beschäftigten sich zwei überfüllte Arbeiterversammlungen mit dem Offenen Brief. In der Diskussion beteiligten sich Arbeiter aus allen Lagern, die sich alle auf den Boden des Offenen Briefes stellten. Beide Versammlungen erklärten sich für die proletarische Einheitsfront.

In Hannover nahm die Generalversammlung der Metallarbeiter folgende Entschließung an:

„Die Versammlung steht auf dem Boden der Stuttgarter Forderungen und erklärt sich einverstanden mit dem Offenen Brief der V.K.P.D. zur Herstellung der Einheitsfront des Proletariats zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ersucht den Hauptvorstand im I.D.G.B., alles daran zu setzen, um die Einheitsfront des Proletariats auf der Grundlage des Offenen Briefes der V.K.P.D. herzustellen.“

Um die Stellungnahme der Mitgliedschaft zu ergreifen, fordert die Generalversammlung, daß der Hauptvorstand zu dieser Frage alsbald eine Urabstimmung veranstaltet. Die Versammlung erwartet ferner die Einberufung einer außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung, um Stellung zu nehmen zu den unerhörten Beschlüssen des erweiterten Rates, die über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg gefaßt wurden.“

In Braunschweig, der Hochburg der U.S.P., wo die Unabhängigen in Gemeinschaft mit den Trümmern der S.P.D. den Staat regieren, hat der Bauarbeiterverband nach eingehender Aussprache die Forderungen des Offenen Briefes einstimmig angenommen und gegen wenige Stimmen

auch einen Protest gegen den Ausschluß der Kollegen Hedert, Bachmann und Brandler beschlossen.

Die Bauarbeiter zu Halle faßten dieselben Beschlüsse und legten Verwahrung ein gegen die gehässige Schreibweise des „Grundstein.“

Aus allen Teilen des Halleschen Bezirkes kommen Nachrichten, daß sich die Arbeiter für die Forderungen der V.K.P.D. erklären. So tagten am 28. v. M. in Weissenfels zwei große öffentliche Volksversammlungen, in denen ein Beschluß angenommen wurde, in dem sich die Teilnehmer rückhaltlos für den Offenen Brief und gegen die Gewerkschaftsreformisten Ditzmann und Konsorten wandten.

In Dichtenberg hatte die U.S.P.D. am 25. Januar eine öffentliche Wählerversammlung einberufen. Es sprach der Reichstagsabgeordnete Ludwig aus Hagen. Unsere Genossen brachten eine Resolution zum Offenen Brief ein. Obwohl die U.S.P.D. dies zu hintertreiben suchte, wurde die Resolution mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Die Betriebsversammlung des Gaswerks 5 Schmaragdort-Beschloß, die Gewerkschaften zu veranlassen, den „Offenen Brief“ der V.K.P.D. anzunehmen.

Die Belegschaft der Elektroverwertungsgesellschaft Spandau faßte mit großer Stimmeneinheit folgenden Beschluß:

Die am 27. Januar versammelte Belegschaft der Elektroverwertungsgesellschaft m. b. H., Spandau, Streitstraße, erklärt hiermit, rückwärtslos hinter den Forderungen des Offenen Briefes der V.K.P.D. vom 8. Januar 1921 stehen zu wollen. Die Versammlung begrüßt es aufs lebhafteste und erblickt darin endlich den ernsthaftesten Versuch zur Herstellung einer einheitlichen Kampfesfront des gesamten Proletariats. Es ist daher unbedingt Pflicht der Gewerkschaften, sowie aller sozialistischen Parteien, sofort Vorbereitungen zu treffen, um auf den Endkampf, der nicht umgangen werden kann, gerüstet zu sein. Einigkeit und Zielklarheit aller Kopf- und Handarbeiter sind die Hauptbedingung, die allein den Erfolg in diesem Kampfe verbürgen.

Überall Zustimmung zum Offenen Brief. Überall weckt er ein lebhaftes Echo. Er spricht der Arbeiterschaft aus dem Herzen. Unsere Genossen und Organisationen müssen überall dafür sorgen, daß die Einheitsbewegung noch immer stärker wird, und daß sich die ganze Arbeiterschaft über die Köpfe der Gewerkschaftsbürokratie und der Führer der S.P.D. und U.S.P.D. hinweg zur einheitlichen proletarischen Kampffront zusammensindet.

## Die Bewegung unter den Bergarbeitern des Ruhrreviers.

#### Einrichtung der Neberschichten. — Forderung der Sechskundenschicht. — Erhöhung des Grundlohnes um 30 %.

Die Erregung der Bergarbeiter des Ruhrreviers, hervorgerufen durch die schamlose Prellerei der Regierung, hat zur Einberufung einer Reihe von Konferenzen geführt, auf denen die Forderungen der Bergarbeiter formuliert worden sind. Eine Konferenz der Betriebsräte des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues, die am 30. Januar in Gelsenkirchen tagte, forderte sämtliche Belegschaften auf, sich die nachstehend unter Ziffer 1-3 aufgestellten Forderungen zu eigen zu machen. Ebenso erging an alle Arbeiterorganisationen die Aufforderung, sich auf den Boden der Forderungen zu stellen. Die Forderungen lauten:

„Die versammelten Betriebsräte sind sich darin einig, daß zu deren Durchsetzung eine geschlossene Front aller beteiligten Arbeiter vonnöten ist, sie fordern deshalb sämtliche Organisationsleitungen auf, bis zum 10. Februar ihre Stellungnahme zu den nachstehenden Punkten darzutun:

1. Vom 15. Februar 1921 wird jede Sonderbelieferung mit Lebensmitteln, Textilien usw. abgesetzt und deren Ausgabe bzw. Verkauf auf den Feigen verhiert. Die noch vorhandenen Bestände werden den Konsumgenossenschaften zu den von den Betriebsverwaltungen tatsächlich gezahlten Preisen überwiesen.“

2. Vom 15. Februar 1921 ab werden seine Ueberschichten mehr verfahren.
3. Am 14. Februar 1921 sind durch die Betriebsräte aller Zechen durch die Arbeiterorganisationen (Verbände) den in Frage kommenden Stellen folgende Ausgleichsverbesserungen auf direktem und schnellsten Wege ultimativ zu übermitteln:
  - a) eine mit dem 15. Februar in Kraft tretende allgemeine Erhöhung des Grundlohnes für alle beteiligten Berufe (Arbeiter und Angestellte) um 30%, der am 1. April 1921 eine weitere Erhöhung um 20% zu folgen hat, sofern die Preise bis dahin nicht allgemein abgebaut sind;
  - b) sofortige bedingungslose Einführung der Sechshundertschicht im Bergbau, Einstellung der Arbeitslosen, sofortige zwangsweise Räumung aller überflüssigen Zimmer und Unterkunftsräume zur Unterbringung der Zusatzbelegschaften;
  - c) sofortige Neuwahl der Knappschichtältesten;
  - d) volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und uneingeschränkte Kontrolle der Produktion und der Verteilung durch die Arbeiterchaft;
  - e) sofortige praktische Jaangriffnahme der Sozialisierung;
  - f) Entwaffnung der Orgesch und Bewaffnung der Arbeiter gemäß dem Märzabkommen 1920;
  - g) Auflösung der technischen Nothilfe.

Außerdem empfiehlt die Konferenz allen Kameraden, deren Organisation noch der Arbeitsgemeinschaft angehört, folgendes:

Vom 15. Februar 1921 ab lehnen alle nicht selbst organisierten Arbeiter die von ihren Organisationen auf Grund der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum getroffenen Vereinbarungen als ungültig ab.

Am 31. Januar begannen im Rathaus in Essen Verhandlungen zwischen den Vertrauensleuten der Bergarbeiterverbände wegen Verlängerung des Ueberschichtenabkommens. Reichsarbeitsminister Braun, der an den Verhandlungen teilnimmt, wird mit seinen Bemühungen wenig Erfolg haben, weil die Bergarbeiter zu oft betrogen und hinter List geführt worden sind, um noch den Worten eines Ministers oder seiner Handlanger zu glauben. Es wird der Regierung auch wenig münden, daß sie den Verkaufspreis für Fertigulage wieder von 10 Mk. auf 7 Mk. herabgesetzt hat. Allen bürgerlichen Vagenmeldungen zum Trost steht fest, daß die übergroße Mehrheit der Bergarbeiter an der Forderung der Sechshundertschicht festhält und gewillt ist, sich die Anerkennung dieser Forderung zu erkämpfen.

## Politische Uebersicht.

### Lohnsteuer statt Steuerabzug.

Dem Steuerausschuß des Reichstages liegt eine Vorlage des Finanzministeriums vor, über die Umwandlung des Steuerabzuges in eine Lohnsteuer. Inzwischen haben die Finanzämter bereits mit der Verfertigung von Steuer-Nachforderungen begonnen, die nach dem zehnprozentigen Steuerabzug noch zu begleichen sind, und die wir vor einigen Tagen bereits entsprechend gekennzeichnet haben. Die Nachforderungen laufen bekanntlich darauf hinaus, daß die meisten Arbeiter Beträge von über 1000 Mk. sofort nachzahlen hätten. Die jetzige Regierungsvorlage sieht vor, die Steuer-schuld sofort zu decken, so daß keine Nachforderungen mehr kommen. Bis zum Jahreseinkommen von weniger als 30000 Mk. soll eine Steuer von zehn Prozent erhoben werden. An Stelle des bisher steuerfreien Einkommensanteils soll ein Abzug an der Steuer treten. Als Veranlagungsjahr soll das Jahr 1920 für das Jahr 1921 gelten. Einkommensverminderungen sollen dabei später berücksichtigt werden.

Die Regierung hat damit einem Wunsch der Rechts-parteien Rechnung getragen. Doch diese begnügen sich nicht mit dem kleinen Jünger, sie wollen die ganze Hand. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen Volkspartei verlangen, daß die für das Jahr 1920 zu zahlende Steuer nicht nach dem Einkommen dieses Jahres, sondern nach dem Mittel des Einkommens von 1918 und 1920 bemessen werden soll, unbeschadet der Tatsache, daß der zehnprozentige Steuerabzug bei Arbeitern, Angestellten und Beamten auf Heller und Pfennig, nach dem Einkommen des Jahres 1920 berechnet, bereits erfolgt ist. Sogar Herr Blum von der Demokratischen Partei hat sich im Anschluß an diesen Vorschlag gestellt. Zugleich machte die Rechte einen Vorstoß, um die Stempelung der Steuer bei dem hohen Einkommen herunter-zudrücken.

Es ist bezeichnend, daß gerade in dem Augenblick, wo die Entente ihre Forderungen an Deutschland einreicht, die deutsche Bourgeoisie den Kampf zur Steuerentlastung des Kapitals in verschärfter Form aufnimmt. Die Folgen des wirtschaftlichen Drucks der Entente sollen auf das deutsche Proletariat abgewälzt werden. Die sozialdemokratischen Mandatär aller Schattierungen entrüsten sich über die Steuerischen der Kapitalisten und vertiefen in der Erfindung „getroster“ Einkommensteuern. Dem Proletariat ist aber weder ein moralischer Entzug gegeben, noch damit, daß man ihn etwa geringere Beträge auf „angenehmer“ Weise ab-trüppelt. Das Kapital ist nicht mehr in der Lage, seine Arbeitslöhne zu erhöhen. Das Proletariat steht in den bittersten Kämpfen gegen Lohnabbau und Arbeitslosigkeit. In diesem Augenblick ist die Steuerforderung, ob Lohnabbau oder Lohnsteuer, eine freche Provokation. Die arbeitenden Massen sind weder in der Lage, noch willens, dem bankrotten kapitalistischen Staat auch nur einen Pfennig Steuer zu geben.

### Orgesch in Oberschlesien.

Aus Bresten wird uns gemeldet: Hier wurde eine mit Beselme, Scife und Remelade beladene Waggonladung angehalten und beschlagnahmt. Bei der Durchsichtung wurde festgestellt, daß die Ladung 8 Maschinen-

gewehre, 460 Infanteriegewehre, 100 000 Infanterie-geschosse, 3500 Handgranaten, 360 Bomben mit Stützgasen enthält. Sämtliche Waffen waren für Militärzwecke der Orgesch bestimmt und stammten aus dem deutschen Waffen-depot Kieffe.

Unter die Rüstungen der polnischen Orgeschleute, die im Geheimen sogenannte „Milizen“ organisieren, kamen in den letzten Tagen auch Einzelheiten an: den Tag. Jedenfalls steht fest, daß sowohl die deutschen Junker und Kapitalisten, wie auch die polnische Bourgeoisie unter dem Mantel des Nationalismus weiße Gardien organisieren.

Dem schlesischen Proletariat muß die Gefahr, die in der nationalistischen Verhegung liegt, zum Bewußtsein gebracht werden. Es muß erkennen, daß jede nationale Lösung des Problems: Wem soll Oberschlesien gehören? eine gegen-revolutionäre ist, die die Verklammerung der deutschen und polnischen Arbeiter durch die polnische oder deutsche Gegen-revolution zur unmittelbaren Folge haben muß. Es muß erkennen, daß seine Interessen es fordern, daß Oberschlesien weder der polnischen noch der deutschen Bourgeoisie zufällt, sondern von der arbeitenden Bevölkerung Oberschlesiens Hand in Hand mit dem Proletariat ganz Deutschlands und Polens selbst im Kampf gegen die raubgierigen Kapitalisten beider Nationen erobert wird.

Der erste Schritt dazu muß die Herstellung einer internationalen Kampffront der deutschen und polnischen Arbeiter gegen die Konterrevolution, gegen Not und Elend, für die Bewaffnung des Proletariats und die Eroberung der proletarischen Diktatur sein.

### Wie Severing die Orgesch tötet.

#### Genosse Vater verhaftet.

Aus Magdeburg wird gemeldet: Gestern nachmittag erschienen in der Wohnung des Genossen Vater plötzlich Kriminalbeamte, nahmen in der Wohnung eine Hausdurchsuchung vor, die dann auf das Betriebssekretariat der R.A.P.D. ausgedehnt wurde. Nach langen geheimnisvollen Besprechungen der Kriminalbeamten wurde Genosse Vater auf Anregung des Polizeigewaltigen Krüger verhaftet. Das Bezirkssekretariat wurde versiegelt und unter Bewachung der Sipo gestellt. Wir protestieren gegen diesen neuen Gewaltakt und fordern sofortige Freilassung des Genossen Vater und Freigabe der Büroräume.

So also geht Minister Severing mit seiner Sipo gegen die Orgesch vor! Von einem Vorgehen gegen die Orgesch nirgends auch nur eine Spur. Ohne jeden sichhaltigen Grund aber werden Kommunisten verhaftet, Hausdurchsuchungen vorgenommen, kommunistische Büros versiegelt usw. Dabei rühmt sich Herr Severing als Orgeschüberwinder und erzählt in seinen Reden, daß die Freuenwahl Preußen und dem ganzen Reich den großen Ruck nach links bringen müsse. — Wie reimt sich das zusammen, Herr Severing?

## Aus der Partei.

### K.A.P.

Die Zentrale der R.A.P.D. bringt zur Kenntnis der Exekutive der Kommunistischen Internationale:

1. Die Zentrale hält es nach wie vor für einen Fehler, daß die R.A.P.D. als eine sympathisierende Partei in dem Augenblick anerkannt wurde, wo der Einigungsantrag der R.A.P.D. bevorstand. Trotzdem anerkannte sie diesen Beschluß als Tatsache und war gewillt, ihn zum Ausgangspunkt neuer Bemühungen zu machen, die R.A.P. der deutschen Section der Kommunistischen Internationale einzugliedern, oder sie wenigstens zu gemeinsamen Aktionen mit den deutschen Kommunisten heranzuziehen. In demselben Augenblick, wo die R.A.P. Stellung nahm zu ihrer Anerkennung als sympathisierende Partei, hat sie in der entschiedensten Form die Forderungen der Exekutive abgelehnt, der R.A.P.D. beizutreten. Sie hat die Aufforderung der R.A.P.D. zur gemeinsamen Aktion in brüskter Weise zurückgewiesen. Sie bekämpft die R.A.P.D. als eine „konterrevolutionäre Partei“, als einen „Sumpf“ usw.

2. Die Zentrale der R.A.P.D. setzt die Exekutive von diesem Vorgehen der R.A.P.D. in Kenntnis, das nicht anders darstellt, als eine Verhöhnung der Bedingungen, unter denen die Exekutive sie als sympathisierende Partei aufgenommen hat. Sie fordert die Exekutive auf, in entschiedener Weise Stellung zu dem Treiben der R.A.P.D. zu nehmen, das genau so einseitigen Vorstoß des deutschen Proletariats entgegenwirft, wie das schwache Verhalten der Schwedemänner, Dänemänner und Schwedischfabrikanten.

### Zur Organisation der Exekutive der Kommunistischen Internationale.

#### Die Zentrale der R.A.P.D. an Moskau.

Die Zentrale der R.A.P.D. hält an der Auffassung fest, die von ihrer Vertretung auf dem Moskauer Kongress zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Sitz der Exekutive des Moskauer Proletariats sein muß, die Hauptstadt des ersten proletarischen Staates. Aber die Zentrale der R.A.P.D. kann nicht anhin, festzustellen, daß sich Schwierigkeiten durch die Exekutive ergeben aus den Bestimmungen der Verbindungen mit Moskau und aus den Unterschieden, die zwischen den Aufgaben der kommunistischen Partei eines jugendlichen Proletariats und den Aufgaben der kommunistischen Parteien in den Ländern bestehen, wo erst am die Diktatur des Proletariats gekämpft wird. Zur Überwindung oder Milderung dieser Schwierigkeiten schlägt die Zentrale dem Exekutivkomitee vor:

1. Die Erhöhung der Zahl der Vertreter der Parteien in der Exekutive, die über 100 000 Mitglieder zählen. Die Vertreter führen die Zahl der ihrer Partei zehrenden Stimmen.

2. Die Entsendung nach Westeuropa und Amerika von vier Mitgliedern der Exekutive, von denen wenigstens zwei der russischen Kommunistischen Partei angehören. Diese Vertreter hätten zur Aufgabe, das Exekutivkomitee mit den besonderen Bedingungen bekannt zu machen, unter denen die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder zu kämpfen haben und dafür zu sorgen, daß diese Parteien in der engsten, intimsten Verbindung mit der Exekutive verbleiben.

3. Die Exekutive soll in Westeuropa eine in allen wichtigeren Fragen erscheinende Zeitungskorrespondenz herausgeben, die die einzelnen Parteien öfter und schneller miteinander verbinden kann, als dies das Organ der Exekutive zu tun imstande ist: die in Moskau erscheinende „Kommunistische Internationale“.

4. Die Exekutive muß dafür Sorge tragen, daß der Verkehr zwischen ihr und den einzelnen kommunistischen Parteileitungen schneller vor sich geht, als bisher, so daß die einzelnen kommunistischen Parteien auf ihre Fragen und Anregungen eine prompte Antwort bekommen.

Die Zentrale der R.A.P.D. hält es für notwendig, daß die Exekutive Stellung nimmt zu allen Aktionsfragen des Proletariats, die Initiative ergreift zu allgemeinen Bewegungen, wie sie z. B. notwendig werden durch die Verfolgungen der Kommunisten in einzelnen Ländern, Stellung nimmt zu Fragen, wie die Welle der Arbeitslosigkeit oder die Gefahr eines Wettrüstens zwischen Amerika, England und Japan. Die Kommunistische Internationale ist schon über die Stufe hinaus, wo sie sich mit allgemeinen Aufrufen begnügen konnte. Sie muß bestrebt sein, die wirkliche kommunistische Internationale der Tat zu werden, die wirkliche Internationale des gemeinsamen täglichen Kampfes des Proletariats aller Länder. Notwendig ist nicht die Forderung der Internationale durch Erweiterung der sogenannten Autonomie der einzelnen Länder, sondern die noch straffere Zusammenfassung der Internationale zur gemeinsamen Aktion.

## Aus Sowjet-Rußland.

**Die Arbeit in den „Musterfabriken“ Rußlands.** Dank reichlicher Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und anderen Produkten geht die Arbeit in den sogenannten „Musterfabriken“ in gutem Tempo vor sich. Die Arbeitskraft der einzelnen Arbeiter hat sich bedeutend gehoben, was aus einigen Zahlen ersichtlich ist: In der Eisgießerei in Sormow betrug die Produktion eines Arbeiters im November 10 Pud Gußeisen, im Dezember aber 20 Pud!

**Die gebesserte Lebensmittelversorgung Sowjet-Rußlands.** „Pravda“ stellt fest, daß die Erfolge auf dem wirtschaftlichen Gebiete wahrhaft großartig sind: in fünf Monaten haben wir 210 Millionen Pud Getreide gesammelt, eine Menge, die ebenso groß ist wie die, welche im Laufe des ganzen Jahres zuvor aufgebracht wurde.

**Wachsende Kohlenproduktion Sowjet-Rußlands.** Im Jahre 1920 sollte die Kohlenausbauung des Dongebiets 240 Millionen Pud Kohle betragen, sie betrug aber dank eifriger Arbeit 277 Millionen Pud.

**Die Sowjet-Wirtschaften des Petersburger Gouvernements.** Die Gesamtzahl der im Petersburger Gouvernment organisierten Sowjet-Wirtschaften erhöhte sich im Jahre 1920 von 200 auf 233. Im Vergleich zum vorigen Jahre vergrößerte sich die Gesamtfläche um 47 Prozent, die Ernte an Getreide um 65 Prozent und die an Wurzelfrüchten um 218 Prozent. Die Viehmenge nahm gegen das Vorjahr um 45 Prozent zu.

**Handelsverkehr zwischen Finnland und Sowjet-Rußland.** Vertreter der Metallindustrie in Finnland haben die Gründung eines Export-Handelsausschusses mit Sowjet-Rußland in Aussicht gestellt. In Wyborg (Finnland) ist in einer Konferenz der Landwirte die Frage besprochen worden, ob und wie landwirtschaftliche Produkte und Wolle nach Rußland exportiert werden können.

**Sowjet-Rußlands Einfuhrhandel.** Sowjet-Rußland erhielt aus dem Ausland 1278 Waggon landwirtschaftlicher Geräte.

**Herstellung von Lokomotiven in Sowjet-Rußland.** Die Produktivität der Lokomotivfabrik Kolomna, unweit Petrograd, ist in stetem Wachstum begriffen. Im Dezember sind 2 neue Lokomotiven für geringe Spurweite, viele Bestandteile für Lokomotiven und Waggons hergestellt, ferner 3 Lokomotiven und 40 Waggons ausgebessert worden.

**Der Kampf gegen das Analphabetentum.** Die Verordnung über die Abschaffung des Analphabetentums gab die Veranlassung zur Organisation von neuen Kursen. In dem Unterrichtsbezirk Moskau werden gegenwärtig 50 000 Analphabeten unterrichtet.

**Eine Porzellanfabrik in Petrograd.** Die staatliche Porzellanfabrik in Petrograd richtet sich für die Herstellung von Gegenständen ein, die für die Elektrifizierung Rußlands notwendig sein können.

**Eine neue Erfindung.** In Jekaterinburg sind mit einer automatischen Holzschneidemaschine Versuche gemacht worden. Die neue Maschine hat sich sehr gut bewährt. In 6 Stunden wurden 30 Kubikschon Holz zerkleinert. Diese Arbeit mußte sonst von 100 Arbeitern geleistet werden.

## Ausland.

### Abbruch der russisch-polnischen Friedensverhandlungen?

(D.A.) Riga, 2. Februar. Die Friedensverhandlungen gehen sehr schwer vorwärts. In der Frage der polnischen Goldforderung sind die Beratungen, wie bereits gemeldet, auf den letzten Punkt angelangt. Die russisch-ukrainische Delegation steht auf dem Standpunkt, daß der

Vorfriede trotz seiner sehr schweren Bedingungen dennoch für sie bindend sei. Sie könne deshalb eine weitere Verschlechterung nicht dulden. In der Sonnabend-Sitzung erklärte die polnische Delegation, sie könne nicht von ihrer Goldforderung zurückgehen. Joffe wiederum erklärte, daß er Polen nicht mehr zugehören könne, als es ein Recht habe, zu verlangen, und daß Rußland und die Ukraine nicht mehr als 30 Millionen zahlen würden. Da beide Parteien auf ihrem Standpunkt beharrten und bei Schluß der Sitzung der Termin der nächsten Sitzung nicht anberaumt wurde, erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß die Verhandlungen zunächst abgebrochen sind. Die Russen halten es für unmöglich, daß die Polen die Vorfriedensbedingungen, die Rußland zu einer wenig günstigen Zeit angenommen hat, jetzt in ganz veränderter Situation noch aufspitzen können.

## Kapitalistische Wirtschaft

### Die Schieber wollen Schieberfreiheit.

Bekanntlich sind die Banken verpflichtet, den Behörden Einsicht in gewisse Depots ihrer Kundschaft zu geben. Diese Bestimmung hat den Zweck, Kapitalverschiebungen ins Ausland zu erschweren und wird deshalb von den berufsmäßigen Ausräuberern der deutschen Wirtschaft natürlich unangenehm empfunden. Nunmehr hat sich der Hansabund zu ihrem Vorkämpfer gemacht. Er verlangt in einer Eingabe an den Finanzausschuß des vorläufigen Wirtschaftsrates die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und begründet diese Forderung damit, daß die Aufhebung des Bankgeheimnisses die Aufspeicherung in- und ausländischen Bargeldes sowie andere Formen der Kapitalverschiebung gefördert hätte, ferner ein starkes Abwandern deutscher Bankkunden zu fremdländischen Instituten.

Aus der Begründung des Hansabundes geht klar hervor, daß die deutschen Steuerdefraudanten genügend Mittel und Wege gefunden haben, um sich ihren patriotischen Pflichten — so heißt es ja wohl — zu entziehen. Nichtsdestoweniger suchen sie die Mehraufwendungen für die Sicherstellung ihrer Kapitalien im Auslande zu ersparen und in aller Öffentlichkeit und unter dem Schutze der Gesetze sich aus dem deutschen Zusammenbruch retten zu können. Es ist tausend gegen eins zu werten, daß die kapitalistische Republik die Schmerzen ihrer politischen Stützen zu würdigen wissen und ihre Wünsche über kurz oder lang erfüllen wird.

## Gewerkschaftliches.

### Sipo gegen Landarbeiter.

Auf der Insel Fehmarn ist es infolge von Arbeiterentlassungen zu Ausschreitungen (Einäschierung von Baulichkeiten usw.) gekommen. Daraufhin wurden 100 Mann Sipo von Kiel nach Fehmarn geschickt, die etwa 6 Wochen, d. h. so lange, bis auf Fehmarn wieder Ruhe eingetreten ist, dort bleiben sollen.

Die Junker entlassen die Arbeiter und geben tausende von Menschen dem Elend preis. Die Regierung weiß keinen Rat, als Maschinengewehre gegen die zum äußersten getriebenen Landarbeiter aufzuführen. Wann endlich will die Arbeiterchaft sich zusammenschließen zur einheitlichen Aktion gegen Regierung und Junkertum, zum Kampf für die Herrschaft der Arbeitenden und Ausgebeuteten, für den Kampf um Rätedeutschland.

## Verleumdung.

Wir bringen diese Erwiderung auf einen früher erschienenen Artikel zu den Auseinandersetzungen in der Poale Zion, um auch die Gegenseite zu Wort kommen zu lassen. Mit einer Antwort unserer Genossen von der linken Poale Zion und einer Stellungnahme der Redaktion werden wir dann diese Diskussion schließen. Die Redaktion.

In Nummer 18 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ erschien ein Artikel unter der Spitzmarke „An den Pranger“, unterschrieben von einer sogenannten „Fraktion des linken Weltverbandes“, in unterzeichneter Organisation. Jeder Leser dieses Schmähartikels wird sich von der eigenartigen Weise dieser Sillabierung merkwürdig berührt fühlen und verstehen, daß wir, die wir gegen diese Verleumdung und Verbreitung der Latschen im Interesse unserer jüdischen Arbeiterchaft Stellung nehmen müssen, es ablehnen, aus dem gleichen Kibel zu schöpfen.

Dem Klassenbewußten Arbeiter ist auch klar, daß wir aus politischen Gründen die Tatsachen, welche beweisen, daß unsere Organisation auf dem revolutionären sozialistischen Boden steht, und welche allerdings einigen Kreisen der deutschen Arbeiterchaft gut bekannt sind, nicht der Öffentlichkeit übergeben können. Das wissen auch die Hintermänner jenes Schmähartikels, und haben sich trotzdem nicht scheut, eine interne Angelegenheit unserer Organisation, über welche der Uneingeweihte und Fernstehende beim besten Willen zu urteilen nicht in der Lage ist, unter Bruch einer abgeschlossenen Abmachung an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir stellen vor allem fest, daß in unserer Organisation keine „Fraktion“ existiert. Die Unterschrift ist eine Mystifikation. Wir haben mit der betreffenden Gruppe keine Gemeinschaft und erklären ausdrücklich, daß die Unterzeichner des Schmähartikels kein Recht haben, im Namen der jüd.-soz.-dem.-Arbeiter-Organisation Poale Zion zu reden oder aufzutreten.

Die Spaltung unserer Weltbewegung geschah nicht aus den gleichen Gründen, wie sie z. B. in Halle vorhanden waren. Alle Teile brachten in ihren Resolutionen bei der Wiener Konferenz zum Ausdruck, daß sie die revolutionäre Ideologie der 3. Internationale als Grundlag einer heutigen sozialistischen Arbeit betrachteten. Die in dem Schmähartikel verzeichnete „überwältigende Mehrheit“ für den linken Weltverband, behauptet in Wirklichkeit in einer, genau einer Stimme, während die anderen nicht etwa dagegen stimmten, sondern sich der Stimme enthielten. Nun ist es eine Tatsache, daß die Moskauer Internationale sich der gesamten Poale Zion, und der kommunistischen gegenüber, durchaus ablehnend ver-

# 15000 Postarbeiter sollen entlassen werden!

Der Minister des deutschen Finanzjumps, Birtz, den werktätigen Massen mit immer neuen Schröpfungen kommt, die Steuerscheu und Kapitalverschiebungen der besitzenden Klassen nach wie vor deckt, hat gegenüber den nur zu berechtigten Forderungen der hungernden Beamten und Arbeiter, der Eisenbahn und Post das „Prinzip der Sparsamkeit“ gepredigt. Das Reichspostministerium, an dessen Spitze der Christliche „Arbeitervertreter“ Sieberts steht, geht jetzt in größerem Maße dazu über, dieses „Sparsamkeitsprinzip“ zu verwirklichen. 15000 Postarbeiter sollen entlassen werden.

Der Ukas des Reichspostministers hat folgenden Wortlaut: Der Reichspostminister. Berlin N 66, den 28. 1. 21. Min. VI U Nr.

### Sofort noch heute!

Mit Rücksicht auf die nachteiligen Folgen, die durch die Weibehaltung entbehrlichen Personals, insbesondere durch die im Juli v. J. versuchsweise zugelassene Arbeitsstreckung je länger je mehr entstehen, soll die Arbeitsstreckung nunmehr aufgehoben werden und die Entlassung der dadurch entbehrlich werdenden Hilfskräfte erfolgen. Auch alle sonstigen Hilfskräfte, die entbehrlich sind, sind außer Beschäftigung zu setzen.

Ueber die Ausführung der hiernach vorzunehmenden Entlassungen wird folgendes bestimmt:

1. Durch Verhandlung mit den örtlichen Betriebsvertretungen ist alsbald festzustellen, welche Personen zu entlassen sind. Hierbei sind die in der Verfügung vom 2./3. 20 Min. VI/IV U 56 angegebenen Richtlinien zugrunde zu legen mit der Maßgabe, daß in erster Linie diejenigen Helfer zu entlassen sind, die freiwillig zum Ausscheiden bereit sind. Die unter 6) der bezeichneten Verfügung erwähnte Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter ist inzwischen durch das Gesetz vom 6./4. 20 (RStBl. S. 458) ersetzt worden. Abänderungen dazu finden sich auf Seiten 591, 979 und 1787 RStBl.
2. Den zu Entlassenen ist der Dienst unter Innehaltung der tarifvertraglichen Frist sogleich zu kündigen.
3. Damit die in Betracht kommenden Personen Zeit haben, sich nach einer anderen Beschäftigung umzusehen, sind sie unter Aushängigkeit der ihnen zustehenden Bezüge sogleich vom Dienste zu entbinden. Kurzarbeiter sind hierbei nach den Sätzen für Kollarbeiter abzufinden.
4. Alle Hilfskräfte mit einer Postdienstzeit von wenigstens 6 Monaten erhalten die vollen tarifmäßigen Bezüge für 4 Wochen. Posthilfskräfte mit einer Postdienstzeit von mindestens 1 und weniger als 5 Jahren erhalten die vollen Bezüge für 6 Wochen.
5. Soweit etwa zur Entlassung kommende Hilfskräfte 5 Jahre und länger bei der Verwaltung beschäftigt gewesen sind, erhalten sie die vollen Bezüge für 8 Wochen. Die Bestimmungen im § 15 Ziffer 2 des Tarifvertrages vom 10. Dezember 1920 werden hierdurch nicht berührt.
6. Der Beginn der unter 4 und 5 bezeichneten Zeiträume von 4, 6 und 8 Wochen rechnet vom Tage nach der Kündigung.
7. Die vom Reichstage beschlossene Erhöhung der Teuerungszulagen der Lohnempfänger ist allen Entlassenen rückwirkend vom 1. Januar d. J. bis zu dem Tage, bis zu dem die sonstigen Bezüge gezahlt werden, nachträglich zu gewähren, sobald hierüber nähere Verfügung ergangen sein wird.
8. Gleiche Vergünstigungen wie unter 3—7 sind denjenigen Hilfskräften zu gewähren, denen der Dienst in der Zeit vom 1. Januar d. J. ab bereits gekündigt worden ist.
9. Bei Wiedereinstellungen im Post- und Telegraphendienst innerhalb der Frist, für die im vorstehenden Umfange die Bezüge ohne Gegenleistung gezahlt werden, sind die gezahlten Beträge auf die tariflichen Lohnbezüge vom Tage der Wiedereinstellung ab anzurechnen.

10. Die vorstehenden Bestimmungen gelten nur für die bis Ende Februar vorzunehmenden Kündigungen; sie gelten nicht für Entlassungen, die auf Grund des § 15 Ziffer 4 des Tarifvertrages für die Posthilfskräfte vom 10. Dezember 1920 und auf Grund des § 11 Ziffer 5 des Tarifvertrages für die Angestellten bei den Reichs- und den preussischen Staatsverwaltungen vom 6. November 1920 vorgenommen werden.

11. Neueinstellungen von Hilfskräften müssen an den Orten, an denen entbehrliche Kräfte vorhanden sind, während der Durchführung der vorstehenden Verfügung unterbleiben, soweit die entbehrlichen Kräfte ohne weitere Ausbildung für den Dienst geeignet sind, für den eine Neueinstellung nötig wird.

Das dem einzelnen Arbeitnehmer nach dem Betriebsrätegesetz zustehende Einspruchsrecht wird durch diese Verfügung nicht berührt.

Der Regelung unter Ziffer 1—12 haben der Zentralbetriebsrat und die in ihm vertretenen wirtschaftlichen Vereinigungen zugestimmt. gez. Sieberts.

Durch Verhandlungen der Gewerkschaft mit dem Reichspostministerium ist eine Zusatzverfügung zustande gekommen, der der Zentralbetriebsrat zugestimmt hat und die besagt, daß die entbehrlichen Hilfskräfte sofort entlassen werden, aber den bis 1/2 Jahr Beschäftigten 4 Wochen, 1—5 Jahre 6 Wochen und den darüber hinaus Beschäftigten 8 Wochen voller Lohn weiter gezahlt wird. In einer Versammlung des Post- und Telegraphenpersonals am Sonntag trat der Sektionsleiter Fenz für die Annahme der Entlassungsverfügung ein, denn die Entlassungen würden auch ohne Zustimmung der betreffenden Organisationen und dann unter ungünstigeren Bedingungen durchgeführt werden.

Diese Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie zu den Massenentlassungen bei der Post ist nur die Fortsetzung der kampfscheuen Taktik, die die Organisationsinstanzen, namentlich der Deutsche Beamtenbund, anlässlich der Lohn- und Gehaltsbewegung bei den Eisenbahnern geübt haben. Und der „Arbeitervertreter“ Sieberts ist sich nur allzu klar darüber, daß er von dieser Seite keinen Widerstand zu gewärtigen hat, wenn er mit einem Federzug die Existenz tausender Postangestellten vernichtet.

Der „Vorwärts“ berichtet über diese Vorgänge ohne jedes Kommentar. Die „Freiheit“ glaubt sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie darauf hinweist, daß die in den Verbänden des Deutschen Beamtenbundes organisierten Postbeamten erst jüngst gezeigt haben, daß sie ihr Recht nicht zu wahren wissen, daß sie keine Solidarität kennen, daß sie lieber andere für sich kämpfen lassen, wie jüngst die Eisenbahner für die Gesamtheit des organisierten Beamtentums eintreten mußten.

Die Kritik am „Deutschen Beamtenbund“ ist sicher wohlbegründet. Wäre es der „Freiheit“ ehrlich um die Interessen der Eisenbahner und Postler zu tun, so hätte sie weit eher Veranlassung, an der ungleich schwächeren Haltung des A.R.G.B. Kritik zu üben. Daß die „Freiheit“ vor dieser Instanz mit ihrer Kritik halt macht, daß sie die Ausschüßarbeiter wieder einmal auf den ohnmächtigen Reichstag eines bankrotten Staatswesens verweist, was beweist das andere, daß die „Freiheit“, daß die U.S.P.D. nicht für die Interessen der hungernden Proletarierschichten kämpfen will. Ohne Kampf aber, ohne die vereinte Kraft aller Proletarier, kann die Arbeiterklasse aber keinen Schritt weiter vorwärts kommen. Nur eine gemeinsame Aktion aller Proletarier vermag jene Basis zu schaffen, die unbedingt notwendig ist, wenn durchgreifende Maßnahmen im Interesse des Proletariats getroffen werden sollen. Wer sich dieser einheitlichen Aktion widersetzt, wer verhindert, daß sich in der Aktion die Macht des Proletariats gefaltet, der ist ein Feind der Arbeiter, der ist mitschuldig an all dem Jammer und Elend, unter dem heute das Proletariat leidet.

## Aus der Provinz.

**Langenbielau.** Am Dienstag, den 1. Februar, fand in Dinters Saal eine große öffentliche Volksversammlung der S.R.P.D. statt. Anwesend waren circa 400 Besucher. Genosse Oberlein-Berlin sprach über die Eroberung der Gewerkschaften und den offenen Brief der S.R.P.D. In der Diskussion sprach ein M.S.P.- und ein U.S.P.-Mann deren Argumente durch den Referenten im Schlußwort unter lebhaftem Beifall der Versammlung widerlegt wurden. Besondere Entrüstung unter den Anwesenden rief die Mitteilung hervor, daß der Bevollmächtigte des Textilarbeiterverbandes zu derselben Zeit eine Verbandsversammlung einberufen hatte um die Arbeiter von der Kommunistenversammlung fernzuhalten. Auf dieser Verbandsversammlung wurde außerdem vom Betriebsräteabmann Kneif ein Antrag gestellt, der die Mitglieder verpflichtete, keine kommunistischen Versammlungen zu besuchen. Derselbe Kneif verpflichtete die Mitglieder der Betriebsräte, keine Versammlungen der S.R.P.D. zu besuchen. Es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiter in Langenbielau in den Gewerkschaften und Betriebsräten diesen feigen Vorschlag ihr schädiges Handwerk legen.

**Warmbrunn.** Am Sonnabend, den 29. Januar, fand in Warmbrunn im Riesengebirge eine kommunistische öffentliche Volksversammlung statt. Der Referent, Genosse Schirner-Dreslau, ging auch Eingang seines Vortrages über „Deutschlands Elend und seine Erlösung“ auf den schwachen Besuch ein und forderte die Warmbrunner Arbeiterchaft auf, sich loszureißen von der systematischen Gehirnverleumdung ihrer bürgerlichen Käseblätter und wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die „Schles. Arbeiter-Ztg.“ das einzig richtige Orientierungsorgan ist, da sie genau den Weg vorzeichnet, wie wir aus diesem Elend herauskommen. Redner war bemüht, durch seinen gut verständlichen Vortrag die Ziele des

hält. Trotzdem ist die heutige Parole, auch den linken Weltverband zu spalten, alle nicht kommunistischen Elemente auch vom linken Weltverband herauszubriden. In Anbetracht alles dessen und nach Anhörung der Vertreter beider Weltverbände, hat der deutsche Parteitag der Poale Zion, welcher über den Anschluß der deutschen Organisation an einen der Weltverbände entscheiden sollte, sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb unserer Bewegung nicht so grundsätzlich sind, um eine Spaltung zu rechtfertigen. Im Gegenteil, die Wiedervereinigung, welche kommen muß, ist mit allen Mitteln zu fördern. Unter Betonung des revolutionär-sozialistischen Standpunktes entschied der Parteitag, sich weder dem einen noch dem anderen Verband anzuschließen, sondern durch das Zentralkomitee mit allen Richtungen zwecks Wiedervereinigung in Verbindung zu stehen. Die überwältigende Mehrheit der hiesigen Gruppe stellte sich gleichfalls auf diesen Standpunkt.

Zu den Anschuldigungen bezüglich der Vorkommnisse in der Arbeiterkasse, welche eine unparteiische ist, wird ihre Verwaltung selbst eine richtigstellung bekanntgeben. Höchst merkwürdig ist, daß 80% jener Krachmacher, welche den Betrieb störten und sich wiederholt des Hansfriedensbruchs strafbar gemacht haben, aus Elementen bestehen, mit welchen die Arbeiterchaft nicht das Geringste gemein haben will. Wir drücken uns so aus, um nicht anderes Material, welches wir von einzelnen Personen dieser Kabaengruppe besitzen, zum Schaden gewisser Kreise zu veröffentlichen.

Obwohl wir nicht den Nutzen eines auf tiefem Niveau stehenden Verleumdungskampfes einsehen, werden wir doch, wenn es nötig ist, die Tyne der jüdischen Arbeiterchaft und die Heiligkeit unserer Organisation zu schützen wissen.

Jüdische sozialdemokratische Arbeiterorganisation „Poale Zion“, Ortsgruppe Breslau, gez. Johannes Ratzbart, Dr. Hermann Echter.

Communismus jedem klarzumachen, was ihm auch, wie der Beifall bezugte, trefflich gelungen war. In der darauf folgenden freien Aussprache zogen es die anwesenden Gegner vor, sich auszuschweigen. Ein Diskussionsredner beleuchtete in seinem Betriebe die Betriebskräfte in ihrer Tätigkeit als Handlanger des Unternehmers zur Beschäftigung der Arbeiter bei Lohnforderungen. Dies gab dem Referenten, Gen. Schirner, willkommenen Anlaß, auch auf diese Frage einzugehen, und er bewies der Versammlung, daß es nur den einen Weg gibt, den Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiter-Organisationen zu einer einheitlichen Kampfesfront auf den Grundforderungen des Offenen Briefes der S.R.P.D. gegen das zusammenbrechende kapitalistische System. Zum Schluß forderte Redner die Versammlung auf, sich bei den kommenden Wahlen im Sinne der S.R.P.D. daran zu beteiligen, aber nicht ihre Erlösung von dem Stimmzettel zu erwarten, sondern sich bereit zu halten, wenn der Ruf an sie erteilt, auch auf dem Posten zu sein, da die Befreiung der Arbeiter nur durch die Arbeiter selbst geschehen kann.

**Neu-Salzbrunn.** Am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 2 Uhr, tagte im Gasthof zu Finkenbrunn die diesjährige Generalversammlung, die gut besucht war. Dem Kassierer wurde nach Erstattung des Kassenberichtes Entlastung erteilt. Darauf erfolgte Neuwahl der Ortsgruppenleitung. Gewählt wurden folgende Genossen: 1. Vors. Gen. Wogl, 2. Vors. Gen. Weber, Kassierer Gen. Weichner, Unterlassierer die Gen. Lindner, Koch, Neumann und Karl Krebs, Schriftführer Gen. Heym. Weiter wurde Gen. Lindner zur Bearbeitung der Jugend, Gen. Schiller für Gewerkschaften, Gen. Semder für Betriebsräte, Gen. Kühnel und Gen. Heym für Arbeitslosenfragen bestimmt. Dann referierte Gen. Nibel, Freiburg, über die Gewerkschaften. Er kritisierte scharf die Zersplitterungsarbeit der Gewerkschaftsbürokraten durch den Hinauswurf von Kommunisten aus den Gewerkschaften. Ebenso betonte Gen. Schiller den Kampf, der von uns gegen die Gewerkschaftsbürokraten zu führen sei. Weiter wurden verschiedene Anträge erledigt. Die Abonentenzahl der „Schles. Arb.-Ztg.“ ist durch eifrige Arbeit verschiedener Genossen auf über 80 gestiegen. Und es beginnt wieder etwas mehr Leben in unserem Orte, durch die Liebnecht-Gedächtnis-Fest und durch eine Versammlung, in der Gen. Konieczny sprach. Es meldeten sich eine ganze Anzahl zum Beitritt in unsere Partei. Und nun, Genossen, an die Arbeit, zeigt den S.R.P.D.-Führern, daß wir nicht schlafen.

## Lokales.

Breslau, den 4. Februar 1921.

**Die Quartalsversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher.** Kollege Neugebauer eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt: 1. Kassen- und Geschäftsbericht, 2. Jahresbericht, 3. Wahl des Vorstandes und der Kartelldelegierten, 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab Kollege Lohrer den Kassenbericht, den Geschäftsbericht gab Kollege Reimer, der auch gleich Punkt 2, den Jahresbericht, übernahm. In der darauf folgenden Diskussion meldete sich außer anderen Kollegen auch Kollege König (S.R.P.D.) zum Wort. Er machte die Kollegen auf die bevorstehenden Kämpfe aufmerksam, in denen nur Klassen-

bewußte Kämpfer gebraucht würden. Er wies auf die Krise in Amerika hin, die sich in einem Ueberfüllen der Lager bemerkbar mache. Die amerikanischen Kapitalisten möchten ihre Ware gern loswerden, haben aber in dem palustrienen Mittel-Europa kein Abgabegebiet. Um den Markt aufnahmefähig zu machen, versucht man, von Amerika aus die Valuta in die Höhe zu kurbeln. Es ergibt sich dann das Bild, daß der amerikanische Kapitalist die Schuhe niedriger liefert als der deutsche Kapitalist. Um aber konkurrenzfähig zu bleiben, wird der deutsche Kapitalist die Löhne der Arbeiter herab zu drücken versuchen. Dieses wird nicht ohne schwere Kämpfe mit der Arbeiterschaft, die am wirtschaftlichen Ruin ist, abgehen und letzten Endes zu einer neuen sozialen Revolution führen. Die Träger dieser Revolution werden die Gewerkschaften sein. Er schloß mit der Aufforderung, die Kollegen sollten dem Zeitgeist mehr Rechnung tragen, um bei allen gegebenen Momenten zum Kampf bereit zu sein. Zu Punkt 3, Wahl des Vorstandes, wurde der Versammlung vom alten Vorstand eine Liste von 9 Mann präsentiert, die alle dem alten Vorstand angehörten. Die Liste stieß aber auf starken Widerspruch in der Versammlung, besonders auch deshalb, weil sie schon in der letzten Betriebsräte-Konferenz abgelehnt wurde und jetzt trotzdem auf Tapet kam. Es wurde verlangt, daß Vorschläge aus der Versammlung gemacht werden. Darauf überließen sich die Vorschläge dermaßen, so daß nicht mehr ersichtlich war, wie die richtige Reihenfolge sei. Es folgte dann eine Debatte ein, in der von Kollegen der S.P.D. den Kommunisten der Vorwurf gemacht wurde, sie wären nur hergekommen, die Versammlung zu sprengen und die Gewerkschaft zu zersplittern. Darauf revidierten die Kollegen der S.R.P.D. mit den Kollegen der S.P.D. gründlich ab und wiesen ihnen nach, wer die eigentlichen Gewerkschaftszersplitterer sind. Da inzwischen die Zeit schon vorgeht, stellte ein Kollege (S.R.P.D.) den Antrag, daß jetzt die Vorschläge weiter gemacht werden sollten und darüber abgestimmt wird. Bei der Wahl zum Vorstand entfielen auf die Kollegen der S.R.P.D. 5 Mandate und bei der Wahl der Kartell-Delegierten 2. In der Diskussion wurde auch von Kollegen das Verhalten des Kollegen Rajch von der Gewerkschaftshaus-Kommission einer Kritik unterzogen, der den Saal eher den Deutschnationalen zur Versammlung gibt, als den Genossen der U.S.V. und S.R.P.D.

**Zum Abbau der Augustaschule.** Mit der Frage des Abbaues der Augustaschule befaßten sich am Dienstagabend der Schul- und der Finanzausschuß der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung. Im Laufe der Beratungen ergab es sich, daß es doch notwendig sei, die endgültige Entscheidung zunächst hinauszuschieben, bis feststeht, ob und welche Zuschüsse der Stadt zu den Kosten der Aufrechterhaltung des Vollbetriebes der Augustaschule und auch der anderen Breslauer Schulen zu leisten entschlossen ist. Die Beschlußfassung über den Magistratsantrag wurde daher innerhalb der Ausschüsse vertagt.

**Ein dritter Stadtschulinspektor.** Die Stelle des dritten Stadtschulinspektors wird nach einem Beschlusse des Magistrats nicht ausgeschrieben, sondern durch eine hiesige Kraft besetzt werden. Es steht der Breslauer Lehrerschaft frei, sich um den Posten zu bewerben.

## Zur Wahlagitation.

Die Agitationsbezirke werden ersucht, umgehend und sämtliche Referenten ihres Bezirks mitzuteilen. Gleichzeitig ist uns sofort bekanntzugeben, wann und wo für diese bereits Versammlungen festgesetzt sind. — Soweit Säle für die Wahlzeit noch nicht festgemacht sind, hat dies unverzüglich zu erfolgen. Für jeden Redner ist an allen Tagen der Wahlzeit eine Versammlung festzulegen. Soweit ein Ueberschuß an rednerischen Kräften vorhanden ist, ist dieser sofort dem Bezirk bekannt zu geben, der sodann über ihn verfügt. Jeder von der Agitationsbezirksleitung als Redner bezeichnete Genosse ist verpflichtet,

der Weisung, Referate zu halten, unbedingt und zu jeder Zeit in der Wahlperiode Folge zu leisten. Diese Pflicht geht allen anderen vor! Weigert sich ein Redner, diese selbstverständliche Parteilichkeit zu erfüllen, so verliert er automatisch seine Funktionen in der Partei.

Es ist in den letzten Tagen vorgekommen, daß gutbesuchte Versammlungen unserer Partei in der Provinz ohne Referenten geblieben sind. Wir haben diese unerhörten Vorfälle untersucht und stellen fest, daß weder Bezirksverbandsleitung noch Agitationsbezirkssekretariat ein Verschulden daran trifft, daß jedoch einige Referenten unerhörterweise ihre Parteilichkeit verletzten, indem sie die Weisungen der Sekretariate nicht befolgten. Ein solch parteilichstündiges Verhalten kann unter keinen Umständen länger geduldet werden.

Im Arbeitsverhältnis stehende Redner unserer Partei werden ersucht, sich im Einvernehmen mit den Sekretariaten ab 5. Februar für die Nachmittagsstunden zu benehmen, damit sie in der Nähe Breslavs verwandt werden können.

Den Rednern steht eine Vergütung gemäß den vom Bezirksverbandsausschuß festgelegten Sprechsätzen von den Ortsgruppen resp. Unterbezirken zu. Soweit diese Mittel nicht ausbringen vermögen, sind Anforderungen an die Bezirksverbandsleitung zu richten.

Die Sammlungen zum Wahlfonds sind in allen Betrieben mit größtem Eifer durchzuführen, die Abrechnung hat bis zum 12. Februar zu erfolgen.

**Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands**  
Sektion der Dritten Internationale  
Bezirksverband VI, Schlesien.  
Klein.

## Versammlungskalender.

**Kommunistische Jugend.** Alle in den Gewerkschaften organisierten Genossen, Zusammenkunft am Freitag, den 4. Februar 1921, abends 6 Uhr, im Jugendsekretariat, Nikolaistraße 49/50.

**Bezirksverbandsleitung:** Sonnabend nachmittag 4 Uhr Sitzung im Parteibüro.

**Öffentliche Angestellten- und Beamten-Versammlung:** Freitag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, im „Zentral-Balsaal“, Westendstraße 60/62, Thema: Wie kommen die Angestellten und Beamten aus ihrer Notlage heraus. Referent: Genosse Max Gruschwitz.

**Wahlprüfung:** Alle Mitglieder des Wahlausschusses haben sich sofort im Parteibüro bei Gen. Gruschwitz zu melden.

**Musik:** Alle Genossen der S.R.P.D. und die auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Arbeiter u. Arbeiterinnen, Versammlung am Freitag, den 5. Februar, im Gasthof „Germania“.

Verleger: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“  
Annoncen-Expedition: Breslau 5, Museumplatz 7. Telefon: 036 1391  
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reubert für Inserate Liebshwager & Reyer.  
Druck: Buchverlag Pöffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

# Leser unserer Zeitung

kauft nur bei Firmen,  
die in unserem Blatte inserieren.

**Stadttheater.**  
Freitag 7 Uhr:  
Dyffens in der Unterwelt.

**Johr-Theater.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Waldtrauer Tod.

**Julia-Theater.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Baumeister Solach.

**Schauspielhaus.**  
Opernbühne, 21. St. 2545  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Die Blauweitzer.  
Samstag nachm. 9 1/2 Uhr:  
Die Falschinger.

**Walhalla-Theater**  
Am Wachtplatz.  
Auch Egede Messen i. d. nordisch. Abenteuer-Roman  
**Die geschloss. Kette**  
Erschütternde Liebes- und Leidensgeschichte ein schönes verteiltes Drama, die mit ihrem Hauptstrom des Gattenmordes beschuld. wird in 6 gewaltigen Akten.  
Leo Peukert in Professor Reichen rasell  
Glänzendes Lustspiel  
Erstklassige Rezitation!

**Union-Theater**  
Graupenstrasse 6/8.  
Das große Sensations-Sitzendrama  
**Wie träumte ich von Glück und Liebe**  
Nietzschensche Kunstspannende Schicksals-Tragedie eines schönen, leidenschaftlichen Mädchens  
in 6 gewaltigen Akten.  
Wem geht das denn?  
Famose Scherzstücke in 2 Akten  
Erstklassige Rezitation!

**Liebig-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Bank-Linien**  
**Len Marjostaru**  
Krause-Spiele aus vergangener Tages.  
**3 Blau**  
Reiter-Johanna  
Müller-Schneider-Quartett.  
**Lajos Rigo**  
der berühmte Geiger u. weitere 8 Attraktionen des großen Febr.-Programms.

**Altwaßer.**  
Vereinigte Kommunistische Partei.  
Am Sonntag, den 6. Februar, abends 6 Uhr, veranstaltet die S.R.P.D. einen **Unterhaltungs- u. Familien-Abend** im Gasthof „Zur Krone“.  
Mitglieder und deren Angehörige sind herzlich dazu eingeladen.  
Die Gruppenleitung.

**Brennholz**  
frei Keller  
ca. 20 cm lange Kloben pro Rm 105. — M.  
ofenfertig gespalten pro Rm 110. —  
ab Werken 10. — Mk. billiger.  
Rosenthal Rg. 1520  
Woischwitz Rg. 5599  
Siebenhufenerstr. Mag. (108)  
**„Holznot Breslau“**  
Hohenzollernstr. 125.  
Ring 9834.

**Palast-Theater**  
2 große Schlegel!  
„Alvaro“ der Mädchenräuber  
Dazu:  
Lepain der Verbrecherkönig.

**ZEPTER-KINO**  
Harry Mel  
Luftpiraten  
L. u. H. Teil  
Dazu:  
Der Apokalyptik.

**Trinkt Kaffee Tee Kakao**  
von **Otto Stiebler**  
Lebensmittellhaus  
Breslau  
Zwingerplatz 5  
Füllen in allen Stadtteilen.

**Blutmetalle**  
Lokisch, Komarkt 26.

**Konfirmanden-Schule**  
  
**Ludwig Herz**  
Bilcherplatz Nr. 4

**Kranke**  
Harn-Blut- und Geschlechtskrankheiten behandelt mit Erfolg. Viele bewährte Annehmungen von zugehenden Patienten.  
Kliniker Franz Jeschke,  
Palmer 22, II. Et. 610 111.  
9-1, 2-2, Sonntags 9-12.

**Allen Epilepsie-**  
(Fallen, Krämpfe) sowie Schizophrenie (Wahnsinn), Blasen- und Nierenkrankheiten, Rheumatische Gelenksentzündungen, Herzkrankheiten, Asthma, auch in schwierigen Fällen Plaster u. Schmelzmittel. S.R.P.D. Fiedler, Mauerstr. 12/13.

**Ich kaufe**  
alle **Militär-Reliquienstücke** und **Herrngarderobe** neu und gebraucht  
**Max Hadamek**  
Brandenburgerstr. 2, II.

**Reclame**  
G. m. b. H.  
**Annoncen-Expedition**  
Breslau.